

Der Mythos von der „tragischen Notwendigkeit“

Im März 1921 wurde der Aufstand der Matrosen von Kronstadt von der Roten Armee militärisch niedergeschlagen. Irrtum, „tragische Notwendigkeit“ oder Wegweiser in die Sackgasse, in die die Politik der bolschewistischen Partei geführt hat? Eine kritische Rückbesinnung auf die Periode 1917 – 1923 bleibt zwingend geboten.

Léonce Aguirre

An der Niederschlagung des Matrosenaufstands von Kronstadt sowie dem erbarmungslosen Kampf zwischen den Bolschewiki und der Volks- und Bauernarmee von Machnoscheiden sich zwischen den AnarchistInnen und Libertären und den TrotzkiInnen seit jeher die Geister. Dabei müssen wir uns eingestehen, dass wir einer umfassenden Einschätzung der Politik der bolschewistischen Partei in den Jahren nach der Revolution aus dem Weg gegangen sind. Und

denjenigen, die eine kritische Position bezogen haben, wurde sogar oft vorgeworfen, die Legitimität der Oktoberrevolution infrage stellen zu wollen oder eine irgend geartete Kontinuität zwischen Leninismus und Stalinismus zu unterstellen.

Unsere Unzulänglichkeiten

Seitens der LCR ist bisher nur eine einzige Broschüre zum Thema Kronstadt erschienen.

In der Einleitung zu verschiedenen Texten von Lenin und Trotzki kommt der Verfasser zu dem Schluss, dass nach Trotzki's Worten „das Ganze für die Bolschewiki ein schmerzliches Blatt in der Geschichte der Revolution, eine tragische Notwendigkeit“ war, das durch die militärische und wirtschaftliche Situation der UdSSR gerechtfertigt war. Sicher haben wir uns auch manchmal getraut, von einem Irrtum zu sprechen – was Trotzki übrigens nie über die

Lippen gekommen ist. Das ist zwar ein Fortschritt, reicht aber noch nicht aus. Es kann damit ein einmaliger Irrtum gemeint sein oder einer von vielen, das heißt eine tragische Konsequenz aus der Politik, die die Bolschewiki zumindest ab 1919 betrieben haben.

In all den Debatten in Russland, die nach der Oktoberrevolution zwischen den verschiedenen Strömungen der anarchistischen Bewegung und den revolutionär-sozialistischen Linken in der bolsche-

die Internationale

wistischen Partei geführt wurden, ist die Legitimität der Machtergreifung, des Aufstands und sogar der Führungsrolle der bolschewistischen Partei niemals infrage gestellt worden. Auch die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung fand breite Zustimmung. Desgleichen teilten Alle die Einsicht, dass gegen die Weißen Armeen Front bezogen werden musste trotz aller Zwangsmaßnahmen, die dies nach sich zog. Strittig war eine ganz andere Frage: die Zerschlagung der Räte und deren Ersetzung durch die diktatorische Macht der Partei. Der historische Kontext, das heißt die Isolation, die Wirtschaftsblockade und der Zusammenbruch der Wirtschaft sowie die Offensive der Weißen Armeen, hatte offensichtlich sehr großes Gewicht und führte zu einer qualitativen Zunahme der Widersprüche und der jeder Übergangswirtschaft innewohnenden Spannungen, die sich aus der gleichzeitigen Verwaltung der Knappheit und der Aufrechterhaltung der Arbeitsteilung ergaben. Auch wenn man die nach der Revolution getroffenen Entscheidungen für unvermeidlich hält, ist die Frage erlaubt, ob damit nicht der Sieg der Bürokratie gefördert wurde.

Nicht zu rechtfertigende Unterdrückung

Die bolschewistische Partei war den Sowjets gegenüber immer voll Misstrauen. Dies war während der Revolution von 1905 der Fall wie auch nach dem Februar 1917, wo sich die Entwicklung der Sowjets weitgehend unabhängig und selbstständig gegenüber der Politik der Bolschewiki vollzog. Von Mitte 1918 an steigert sich dieses Misstrauen bis hin zu einer offenen Infragestellung der Legitimität der Sowjets und ihrer diversen Strukturen, angefangen bei denen, wo die Bolschewiki in der Minderheit sind. Die am 7. Dezember 1917 zum Schutz der Revolution gegen die Weißen gegründeten Tscheka (außerordentliche Kommission zur

Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage) wird ein zunehmend eigenständiges Repressionsorgan, das sich nicht nur gegen zaristische reaktionäre richten wird, sondern auch gegen alle Strömungen der Arbeiterbewegung, die in – und sei es auch nur ideologischer – Opposition zur Politik der Bolschewiki stehen. Zehntausende werden willkürlich verhaftet, Tausende werden ohne Gerichtsverfahren erschossen, ohne dass es dafür irgendeine aus den Erfordernissen des Bürgerkriegs rührende Rechtfertigung gibt.

Die Unklarheit über die Entscheidungskompetenzen, auch in den schwierigsten Lagen, ist ein ganz erhebliches Problem. Die bolschewistische Partei ist auf dem Weg, die wesentlichen Machtbefugnisse an sich zu reißen und treibt damit den Voluntarismus und Substitutionalismus auf die Spitze. Infolgedessen wird sie auch mehr und mehr für die Verschlechterung der Lebensbedingungen verantwortlich gemacht und von den Bauern und besonders von Kernbereichen der ArbeiterInnenklasse angegriffen.

Gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen werden Dutzende von Streiks ausgerufen. Reagiert wird darauf meist mit Repression ...zum Wohle der historischen Interessen des Proletariats, deren legitimer Sachwalter natürlich die bolschewistische Partei ist. Und diese Logik setzt sich erbarungslos fort und macht auch vor dem Innenleben der bolschewistischen Partei keinen Halt.

Nachdem alle politisch unabhängigen Gruppen, die auf Seiten der Revolution stehen, mundtot gemacht sind, werden in der KP Fraktionen verboten, Minderheiten konsequent ausgeschlossen und es entwickelt sich ein diktatorisches Verständnis des Demokratischen Zentralismus. Und dies wohlgermerkt in einer Phase, in der der äußere Druck durch den Bürgerkrieg nach 1921 erheblich nachgelassen

hat. Natürlich unterstellen die AnarchistInnen zu Unrecht, dass die bolschewistische Partei nach einem bereits 1917 ausgeklügelten Plan die alleinige Macht anstreben – Lenin ging im Gegenteil stets pragmatisch vor. Dennoch trifft es zu, dass der eingeschlagene Weg die bolschewistische Partei in eine zunehmende Isolierung führte und die Konsolidierung und Machtusurpation der Bürokratie begünstigte. Die im März 1921 beschlossene NEP konnte diese Dynamik auch nicht mehr umkehren, zumal hierdurch die sozialen Ungleichheiten eher verstärkt wurden. Andere Optionen wären durchaus möglich gewesen. Man hätte z.B. trotz der extrem angespannten Lage alle Ansätze von Selbstverwaltungsstrukturen nach besten Kräften fördern, Entscheidungen auf die breitest mögliche Ebene stellen, ArbeiterInnen Demokratie und Pluralismus ausweiten und eine Allianz mit den Bauern herstellen können, deren Fundamente nicht auf Bajonetten beruht hätten.

Keine Ausflüchte mehr

Die Russische Revolution bleibt eine einzigartige und wichtige Erfahrung der Arbeiterbewegung, aus der sich wertvolle politische Lehren ziehen lassen, wenn man die Bedingungen des Klassenkampfes Anfang des letzten Jahrhunderts berücksichtigt. Hierbei ist es aber unerlässlich, auch die Lehren aus den Ereignissen der Jahre nach der Machtergreifung zu ziehen und mit einer Weltanschauung zu brechen, die Kronstadt als eine „tragische Notwendigkeit“ oder die Machno-Bewegung als eine Bande antisemitischer Banditen begreift. Von einem dermaßen religiösen Geschichtsbild müssen wir uns trennen und nicht die Verantwortung negieren, die der bolschewistischen Partei durch eigene Entscheidungen an der Degeneration der Russischen Revolution zukommt.

Aus: *rouge* (Nr. 1916), Wochenzeitung der LCR, französische Sektion der IV. Internationale
Übersetzung aus dem Französischen: Miwe